



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses

60-fach



24. September 2018

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-3225

Telefax 0211 871-3231

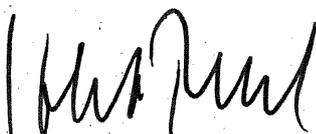
Sitzung des Innenausschusses am 27.09.2018

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.09.2018 „Angriffe von Rechten bei Demonstrationen gegen Rechtsextremismus am Wochenende des 15. und 16. September 2018“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich 60 Exemplare des schriftlichen Berichtes zum TOP „Angriffe von Rechten bei Demonstrationen gegen Rechtsextremismus am Wochenende des 15. und 16. September 2018“.

Mit freundlichen Grüßen


Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz

**Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 27.09.2018
zu dem Tagesordnungspunkt
„Angriffe von Rechten bei Demonstrationen gegen Rechtsextremismus am
Wochenende des 15. und 16. September 2018“**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.09.2018

Auf der Basis der mir vorliegenden Berichterstattungen der Polizeipräsidien (PP) Dortmund und Gelsenkirchen berichte ich mit Stand 19.09.2018 wie folgt:

1. Einsatz der Polizei aus Anlass einer Veranstaltung am 15.09.2018 in Dortmund

1.1 Ausgangslage

Für den 15.09.2018 wurde durch den Verein „Förderung von Respekt, Toleranz und Verständigung in Dortmund-Dorstfeld e. V.“ zu einem Straßen- und Familienfest in Dortmund-Dorstfeld (Wilhelmplatz) unter dem Motto „44149 – Platz der Vielfalt“ eingeladen. Von der Veranstaltung, die im Zeitraum 15:00 Uhr bis 22:00 Uhr stattfinden sollte, wurden durch den Veranstalter Angehörige der rechten Szene ausgeschlossen.

1.2 Einsatzverlauf

Die Veranstaltung wurde in der Spitze von bis zu 500 Personen besucht. Während der Veranstaltung hielten sich bis zu 20 Angehörige der rechten Szene einzeln und in Kleinstgruppen in unmittelbarer Nähe des Veranstaltungsortes auf. Gegen 19:30 Uhr begann auf der Hauptbühne eine Podiumsdiskussion, an der unter anderem der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund und ein Vertreter des Polizeipräsidiums Dortmund teilnahmen.

Zu diesem Zeitpunkt hielten sich die oben genannten insgesamt 20 Angehörigen der rechten Szene unmittelbar gegenüber dem umzäunten Veranstaltungsgelände auf.

Mit Beginn der Redebeiträge betraten die Personen, eine nicht verbotene Fahne des „norddeutschen Bundes“ schwenkend, unvermittelt die Fahrbahn und bewegten sich auf den abgesperrten Bereich des Veranstaltungsgeländes zu. Dabei skandierten sie u. a. „Sierau ist Scheiße“.

Durch den sofortigen Einsatz von Raumschutzkräften wurden die zum Teil erheblich aggressiven Personen auf den Gehweg zurückgedrängt. Gegen die Angehörigen der Gruppe wurden Platzverweisungen (200 Meter Radius um den Veranstaltungsraum) ausgesprochen. Neun Personen kamen diesen Platzverweisungen jedoch nicht nach und wurden zu deren Durchsetzung in Gewahrsam genommen. Eine Person versuchte eine Polizeikette zu durchbrechen, um sich der Ingewahrsamnahme gewalt- sam zu entziehen. Dabei erlitt ein Polizeivollzugsbeamter (PVB) eine leichte Kniever- letzung, verblieb jedoch dienstfähig. Acht der Störer wurden dem zentralen Polizei- gewahrsam des PP Dortmund zugeführt und nach Veranstaltungsende gegen 00:00 Uhr entlassen. Eine Störerin wurde im Zuge der Beschlagnahme eines Gegenstan- des vor Ort an der Hand leicht verletzt. Sie wurde mittels Rettungswagen einem Krankenhaus zugeführt und nach ambulanter Behandlung entlassen.

Noch während der polizeilichen Maßnahmen wurde durch einen Angehörigen der rechten Szene, gegen den zuvor ebenfalls eine Platzverweisung ausgesprochen wurde, eine Versammlung mit dem Thema „Gegen Polizeiwillkür“ in unmittelbarer Nähe zum Ereignisort angemeldet. Diese Versammlung wurde durch das PP Dort- mund als zuständige Versammlungsbehörde verboten.

1.3 Polizeiliche Maßnahmen

Das PP Dortmund bewältigte den Einsatz im Rahmen einer Besonderen Aufbauor- ganisation. Zur Einsatzbewältigung standen dem PP Dortmund 70 PVB zur Verfü- gung, darunter ein reduzierter Einsatzzug der Bereitschaftspolizei.

Neben den dargestellten neun Ingewahrsamnahmen wurden anlassbezogen fünf Strafverfahren eingeleitet, die sich ausnahmslos gegen Angehörige der rechten Sze- ne richten. Diese teilen sich wie folgt auf:

- 2 x Beleidigung (zum Nachteil des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund sowie eines PVB)
- 3 x Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte/tätlicher Angriff auf Vollstreckungs- beamte

2. Einsatz der Polizei aus Anlass von demonstrativen Aktionen am 16.09.2018 in Gelsenkirchen

2.1 Ausgangslage

Für den 16.09.2018, 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr, wurde durch das Netzwerk „Mütter gegen Gewalt/Patrioten NRW“ eine Kundgebung mit Aufzug zum Thema „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ in Gelsenkirchen angemeldet. Der Veranstalter erwartete die Teilnahme von bis zu 500 Personen. Gegen diese versammlungsrechtliche Veranstaltung wurden insgesamt neun Gegendemonstrationen beim PP Gelsenkirchen mit insgesamt etwa 1.800 erwarteten Teilnehmern angemeldet.

2.2 Einsatzverlauf

Versammlung des Netzwerkes „Mütter gegen Gewalt/Patrioten NRW“

An der störungsfrei verlaufenen Versammlung des Netzwerkes „Mütter gegen Gewalt/Patrioten NRW“ zum Thema „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ nahmen im Zeitfenster 14:00 Uhr bis 16:50 Uhr in der Spitze bis zu 300 Personen teil. Im Verlauf des Aufzuges (mit ca. 150 Teilnehmern) versuchten vereinzelt Kleingruppen der linken Szene den Aufzug zu erreichen. Dies konnte durch die polizeilichen Einsatzkräfte unterbunden werden.

Gegendemonstrationen

Die Veranstalter von acht der angemeldeten Gegendemonstrationen schlossen sich unter dem Motto „Aktionstag 16.09.“ zu einer gemeinsamen Kundgebung auf dem Heinrich-König-Platz zusammen. An dieser Versammlung nahmen in der Spitze im Zeitraum von 12:00 Uhr bis 14:15 Uhr 2.000 Personen teil. Nach Beendigung der Versammlung begaben sich alle ehemaligen Teilnehmer auf die Bahnhofstraße in Richtung des Kundgebungsortes der Versammlung „Mütter gegen Gewalt/Patrioten NRW“ am Bahnhofsvorplatz. Um ein Aufeinandertreffen zu verhindern, wurden die Personen von Einsatzkräften auf der Bahnhofstraße vor Erreichen des Versammlungsortes „Mütter gegen Gewalt/Patrioten NRW“ angehalten.

Gegen 14:19 Uhr versuchten die ehemaligen Versammlungsteilnehmer der Gegendemonstrationen, in der Spitze eine Gruppe im zweistelligen Bereich, eine Polizeikette gewaltsam zu durchbrechen, um an die Versammlung „Mütter gegen Ge-

walt/Patrioten NRW“ zu gelangen. Dies wurde durch die Einsatzkräfte mittels Abdrängen unter Zuhilfenahme des Einsatzmehrzweckstocks verhindert.

Ab 15:42 Uhr erfolgte die Abwanderung der ehemaligen Teilnehmer der Gegendemonstrationen.

An der störungsfrei parallel verlaufenden Kundgebung der Partei „DIE LINKE“ zum Thema „Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt bzw. Aufstehen gegen Rassismus“ nahmen auf der Husemannstraße im Zeitraum 13:00 Uhr bis 16:25 Uhr in der Spitze 150 Personen teil.

Besondere Vorkommnisse

Auf dem Weg zur Versammlung „Mütter gegen Gewalt/Patrioten NRW“ wurde ein 69-jähriger Mann, der ursprünglich an der Versammlung teilnehmen wollte, um 14:19 Uhr von einem unbekanntem ehemaligen Teilnehmer der Gegenversammlungen durch einen Faustschlag auf den Hinterkopf verletzt. Die Person erlitt eine Platzwunde und wurde mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus verbracht.

Im Rahmen der Abreise der ehemaligen Versammlungsteilnehmer „Mütter gegen Gewalt/Patrioten NRW“ wurden polizeiliche Einsatzkräfte von einer ehemaligen Gegendemonstrantin aus einer Personengruppe heraus mit einem Aschenbecher beworfen. Es wurde niemand verletzt. Die Tatverdächtige konnte festgenommen werden, wurde der Polizeiwache Süd zugeführt und nach erfolgter Identitätsfeststellung entlassen.

2.3 Polizeiliche Maßnahmen

Das PP Gelsenkirchen bewältigte den Einsatz im Rahmen einer Besonderen Aufbauorganisation. Zur Einsatzbewältigung standen dem PP Gelsenkirchen ca. 300 PVB zur Verfügung, darunter zwei Bereitschaftspolizeihundertschaften.

Im Rahmen des Einsatzes wurden insgesamt acht Strafverfahren eingeleitet.

Gegen Teilnehmer der Versammlung „Mütter gegen Gewalt/Patrioten NRW“ wurden folgende zwei Strafanzeigen erstattet:

- 1 x Verstoß gegen § 86a StGB (Zeigen Hitlergruß)

- 1 x Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (Mitführen von Pfefferspray auf dem Weg zur Versammlung)

Teilnehmern der Gegenveranstaltungen werden folgende sechs Strafverfahren zugeordnet:

- 1 x Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (Widerstand bei einer Identitätsfeststellung und Durchsuchung)
- 1 x Körperverletzung (Schlag auf den Hinterkopf - siehe oben)
- 2 x Landfriedensbruch (Durchbruchversuch einer Polizeikette und Bewurf von PVB mit einem Aschenbecher - siehe oben)
- 2 x Beleidigung (zum Nachteil PVB)

Insgesamt wurde ein Tatverdächtiger nach Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Gewahrsam genommen sowie eine weitere Tatverdächtige nach Landfriedensbruch festgenommen, der Polizeiwache Süd zugeführt und nach erfolgter Identitätsfeststellung entlassen.